

Schulz, Erika

Working Paper — Digitized Version

Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturleistungen im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns

DIW Discussion Papers, No. 84

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schulz, Erika (1993) : Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturleistungen im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns, DIW Discussion Papers, No. 84, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95727>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 84

**Bevölkerungsrückgang und Infrastruktur-
leistungen im ländlichen Raum
Mecklenburg-Vorpommerns**

von
Erika Schulz

Die in diesem Papier vertretenen **Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.**

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr. 84

**Bevölkerungsrückgang und Infrastruktur-
leistungen im ländlichen Raum
Mecklenburg-Vorpommerns**

von
Erika Schulz

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin
Telefon: 49-30 - 82 991-0
Telefax: 49-30 - 82 991-200

Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturleistungen im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns

Das DIW hat im Sommer dieses Jahres seine Bevölkerungsvorausschätzung für Deutschland veröffentlicht¹. Aus dieser Bevölkerungsvorausschätzung sind Ergebnisse für einzelne Bundesländer ableitbar². Während insbesondere die südlichen Bundesländer angesichts der weiterhin anhaltenden Zuzüge nach Deutschland eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen haben werden, wird das ländlich strukturierte Mecklenburg-Vorpommern, das mit einer Einwohnerdichte von rund 75 Einwohnern je km² das bei weitem dünn besiedelteste Bundesland ist, den höchsten Bevölkerungsverlust aufweisen. Hier soll auf mögliche Auswirkungen des erwarteten Bevölkerungsrückgangs auf einige, für die Kommunalpolitik wichtige Bereiche eingegangen werden.

Mecklenburg-Vorpommern hatte am Jahresanfang 1989 knapp 2 Mill. Einwohner, 4 Jahre später - also Anfang 1993 - nur noch 1,87 Mill. (Tabelle 1). Dieser Bevölkerungsrückgang ist sowohl auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung (die Geburtenzahlen haben sich mehr als halbiert) als auch auf die Wanderungen zurückzuführen. In den Jahren 1989 bis 1992 haben gut 180 000 Personen Mecklenburg-Vorpommern verlassen, die Zuzüge waren jedoch noch nicht einmal halb so hoch. Ursächlich hierfür sind die Abwanderungen in die anderen - vornehmlich die alten - Bundesländer, während Mecklenburg-Vorpommern von die stärksten Zuzügen aus den Ausland kaum betroffen war.

Die künftige Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern wird geprägt sein durch³:

- die weiterhin anhaltenden Zuzüge nach Deutschland, von denen auch Mecklenburg-Vorpommern zumindest im Rahmen der Erstaufnahme von Aussiedlern und Asylbewerbern betroffen sein wird - wenngleich damit zu rechnen ist, daß ein Teil dieser Personen Mecklenburg-Vorpommern anschließend wieder verläßt. Insgesamt wird im Zeitraum 1993 bis 2010 per Saldo mit Zuzügen von 36 Tsd. Ausländern und 35 Tsd. Deutschen gerechnet.

¹Vgl. Schulz, E.: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 29/93.

²Die Vorausschätzung basiert auf einem 16-Länder-Modell, das die regionale Verteilung der Außenwanderungen, die Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die übrigen Binnenwanderungen beinhaltet.

³Auf eine ausführliche Beschreibung der Annahmen wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. hierzu Schulz, E., Auswirkungen verstärkter Wanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung Deutschlands. In: Demographie aktuell, Nr. 1, Humboldt-Universität zu Berlin, Januar 1993.

Tabelle 1
 Entwicklung der Einwohnerzahl
 in Mecklenburg-Vorpommern
 1989 bis 1993

Bevölkerung am Jahresanfang 1989	1 978 826
Natürliche Entwicklung 1989-1992	
- Geborene	74 417
- Gestorbene	85 589
- Saldo	- 11 172
Wanderungen 1989-1992	
- Zuzüge 1)	85 462
- Fortzüge 1)	180 092
- Saldo	- 94 630
Ungeklärte Differenzen 1989-1992	- 7 024
Bevölkerung am Jahresanfang 1993	1 866 000
1) 1989 einschließlich der Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin. Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.	

- die anhaltenden Abwanderungen von Erwerbspersonen aus Mecklenburg-Vorpommern in die anderen - vornehmlich in die alten - Bundesländer; dies gilt insbesondere dann, wenn die deutlichen Unterschiede auf den Arbeitsmärkten noch für eine längere Zeit bestehen bleiben. Insgesamt wird im Zeitraum 1993 bis 2010 mit Abwanderungen (einschließlich der Sekundärwanderungen von Aussiedlern und Asylanten) in Höhe von gut 250 Tsd. Personen gerechnet.
- die drastische Veränderung des Geburtenverhaltens. Der rasante Geburtenrückgang der letzten Jahre ist im wesentlichen auf zwei Effekte zurückzuführen: Zum einen auf die Anpassung an das Verhalten in Westdeutschland und zum anderen auf die Unsicherheit über die künftige persönliche bzw. familiäre Lage. Die zusammengefaßte Geburtenziffer liegt gegenwärtig wesentlich unter dem westdeutschen Niveau. Eine Rückkehr zu alten Verhaltensweisen erscheint angesichts der völlig anderen Rahmenbedingungen als ziemlich unwahrscheinlich. Das bedeutet, daß künftig von jungen Frauen wesentlich weniger Kinder als in der Vergangenheit geboren werden. Ein Teil dieser Geburten wird jedoch in einem späteren Lebensalter nachgeholt werden. Damit wird die zusammengefaßte Geburtenziffer wieder etwas steigen. Auch wenn - wie unterstellt - sich das Geburtenverhalten deutscher Frauen bis zum Jahr 2010 in West- und Ostdeutschland angleichen wird, werden in den nächsten Jahren die Geburtenziffern noch deutlich unter denjenigen in den westlichen Bundesländern liegen.

Als Ergebnis wird mit einem weiterhin deutlichen Rückgang der Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern gerechnet. Gegenüber 1991 wird die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 um rund 10 vH und im anschließenden Zehnjahreszeitraum um weitere gut 7 vH (gegenüber 2000) zurückgehen. Gravierender als der Bevölkerungsverlust werden sich jedoch die Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur und die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Regionen auswirken.

Mecklenburg-Vorpommern hatte auch noch am Jahresende 1991 eine vergleichsweise junge Bevölkerung: Der Anteil der unter 20jährigen betrug hier über 27 vH, während er im Durchschnitt Ostdeutschlands unter 25 vH und in Westdeutschland bei noch nicht einmal 21 vH lag. Angesichts der erwarteten Abwanderungen und dem geänderten Geburtenverhalten wird sich dies jedoch bis zum Jahr 2010 ins Gegenteil verkehren. Dann wird der Anteil der unter 20jährigen rund 14 vH betragen und damit unter dem Durchschnittswert in Ostdeutschland und in Westdeutschland gesunken sein. Dementsprechend wird sich der Anteil der weniger mobilen

älteren Personen auf rund 26 vH erhöhen, das bedeutet: Jeder vierte Einwohner wird 60 Jahre und älter sein (Tabelle 2).

Welche Auswirkungen hat diese Bevölkerungsentwicklung auf das ländlich strukturierte Mecklenburg-Vorpommern, das bereits heutzutage die Landkreise mit der geringsten Bevölkerungsdichte in Deutschland aufweist?

Die Veränderung der Bevölkerungszahl und -struktur wird insbesondere in den ländlichen Kreisen einen Handlungsbedarf aufwerfen, um für bestimmte Infrastrukturleistungen ein Mindestangebot aufrechterhalten zu können. Sinkende Einwohnerzahlen in den verschiedenen Altersgruppen verändern die Nachfrage nach den unterschiedlichen Infrastrukturleistungen öffentlicher und privater Anbieter. Genannt seien beispielsweise das öffentliche Schulwesen, das Kindergartenangebot, das öffentliche und private Gesundheitswesen, das Nahverkehrswesen, aber auch das Freizeitangebot wie öffentliche Bäder, Sportstätten, Kultureinrichtungen oder etwa die Versorgung mit Einzelhandelsgeschäften.

Die Nachfrage nach solchen Infrastrukturleistungen sinkt nicht proportional zum Bevölkerungsrückgang. Sofern ein Mindestangebot aufrechterhalten werden soll oder muß, kann es vorkommen, daß die Infrastrukturleistungen pro Kopf der Bevölkerung mit sinkender Einwohnerzahl sogar steigen. Dies bedeutet für diese Kommunen höhere pro-Kopf-Ausgaben als in anderen Regionen des Landes bzw. der anderen Bundesländer.

Ökonomisch und politisch interessant sind darüber hinaus Entwicklungen im Bereich der Abfall-, insbesondere der Abwasser-Entsorgung, denn gerade in diesen Bereichen ist der "Rest der zu versorgenden Bevölkerung" über Gebühren, die überwiegend kostendeckend abgerechnet werden müssen, unmittelbar nachhaltig durch einen Rückgang der regionalen Bevölkerung betroffen. Da der größte Teil aus Fixkosten besteht, wird die Belastung kaum mehr zumutbar.

Angesichts der erwarteten Bevölkerungsentwicklung soll hier auf mögliche Auswirkungen für folgende Infrastrukturbereiche eingegangen werden:

1. Kinderbetreuungseinrichtungen
2. Allgemeinbildende Schulen
3. Medizinische Versorgung

Tabelle 2
 Bevölkerungsentwicklung
 in Mecklenburg-Vorpommern bis 2010

Von ... bis unter ... Jahre	1991	2000	2010
	in 1000		
0 - 3	61,2	35,6	44,4
3 - 6	83,4	30,2	40,5
6 - 10	114,8	37,7	46,6
10 - 16	171,8	148,5	58,2
16 - 19	63,5	82,8	24,0
19 - 26	174,8	182,2	150,5
0 - 20	516,5	362,8	224,0
20 - 60	1069,3	955,6	946,0
60 u.ä.	305,9	385,6	409,0
80 u.ä.	50,7	38,9	64,0
15 - 65	1275,2	1222,4	1070,8
Insgesamt	1891,7	1704,1	1579,0
dar. Ausländer	9,8	41,6	61,3
	Struktur in vH		
0 - 3	3,2	2,1	2,8
3 - 6	4,4	1,8	2,6
6 - 10	6,1	2,2	3,0
10 - 16	9,1	8,7	3,7
16 - 19	3,4	4,9	1,5
19 - 26	9,2	10,7	9,5
0 - 20	27,3	21,3	14,2
20 - 60	56,5	56,1	59,9
60 u.ä.	16,2	22,6	25,9
80 u.ä.	2,7	2,3	4,1
15 - 65	67,4	71,7	67,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Ausländeranteil	0,5	2,4	3,9
Quelle: Vorausschätzungen des DIW.			

1. Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen

In Mecklenburg-Vorpommern gab es zum Jahresende 1991 noch knapp 150 Tsd. Plätze in Kindergärten, Horten und Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen in insgesamt rund 1 900 Einrichtungen. Damit war die Versorgung der Bevölkerung mit Einrichtungen zur Kinderbetreuung im Vergleich zu den übrigen Ländern Ostdeutschlands leicht geringer, aber wesentlich besser als im westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf 1 000 Kinder im Kindergartenalter wurden 1991 in Mecklenburg-Vorpommern landesdurchschnittlich 910 Kindergartenplätze (bzw. Plätze in Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen), bezogen auf 1 000 Grundschüler 650 Hortplätze bereitgehalten.

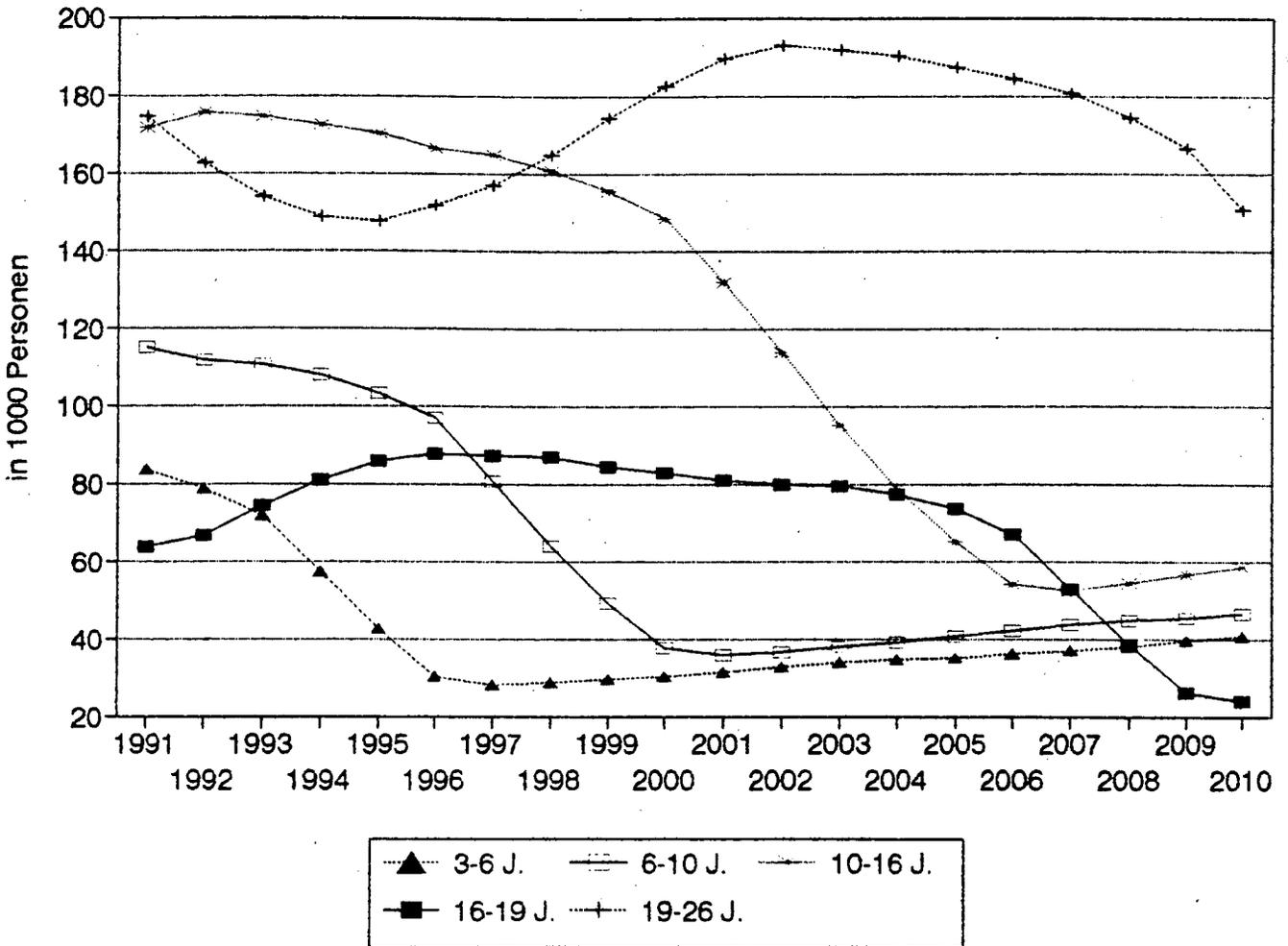
Inwieweit wird sich diese gute und von der Bevölkerung sicherlich auch gewünschte Versorgungslage aufrechterhalten lassen? Die Haushaltsslage der Städte und Gemeinden ist angespannt und die Kosten für die Unterbringung der Kinder können nicht unbegrenzt steigen. Schon heute sehen sich Eltern gezwungen, ihre Kinder aus den Kinderbetreuungseinrichtungen zu nehmen, weil - auch aufgrund der Arbeitslosigkeit - die Kosten nicht zu tragen sind und die Kinder - zumindest während der Zeit der Erwerbslosigkeit - zu Hause betreut werden können.

Bereits in den nächsten Jahren wird sich die Zahl der Drei- bis unter Sechsjährigen drastisch verringern: von gegenwärtig ungefähr 75 Tsd. auf 28 Tsd. im Jahr 1997 (Abbildung). Dies ist eine Reduzierung auf fast ein Drittel. Auch wenn die Versorgungsquote (also 910 Kindergartenplätze je 1 000 Kinder) aufrechterhalten werden könnte, würden nur noch rund 26 Tsd. Kindergartenplätze benötigt. Ähnlich sieht die Entwicklung bei der Zahl der Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren aus. Hier setzt der drastische Rückgang 1995 ein und erreicht mit rund 36 Tsd. im Jahr 2001 seinen tiefsten Wert. Damit wird sich auch die Kinderzahl in den Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen wesentlich verringern.

Das sind jedoch lediglich Berechnungen bezogen auf den Landesdurchschnitt. Für die einzelnen ländlichen Kreise kann sich dies noch drastischer darstellen. Nehmen wir z.B. den Kreis Demmin. Ein Kreis, der leicht überdurchschnittlich von Abwanderungen betroffen ist und der den höchsten Anteil der 60 Jahre und älteren Personen aufweist. Für einen solchen ländlichen Kreis ist damit zu rechnen, daß der Rückgang der Kinderzahl im Alter von 3 bis unter 6 Jahren vergleichsweise höher ausfällt als im Landesdurchschnitt. Ende 1991 hatte dieser Kreis bezogen auf den km² 2,4 Kindergartenplätze. Die Entfernung zum nächsten Kindergartenplatz konnte in erträglichen Grenzen gehalten werden. Bei gleicher Versorgungsquote wie 1991 würde die Zahl

Bevölkerungsvorausschätzung 1991-2010

Mecklenburg-Vorpommern



der Kindergartenplätze je km² auf 0,8 fallen. Bei einer Gruppenstärke von 20 - 25 Kindern ergäbe sich ein Einzugsbereich von gut 30 km², für einzelne Kinder eine Entfernung von 5 - 6 km. Da die Bevölkerung jedoch nicht gleichmäßig über den Kreis verteilt ist und auch die Kindergärten bestimmte Standorte haben, kann die tatsächliche Entfernung wesentlich höher ausfallen.

Ein Kindergarten mit lediglich 20 - 25 Kindern wird höhere Kosten verursachen als die Unterbringung dieser Kinder in einem Großkindergarten. Hinzu kommen die wesentlich höheren Transportkosten. Auch die Wegezeiten nehmen zu.

Es stellt sich die Frage, inwieweit solche Wegestrecken auf Dauer zu bewerkstelligen sind und ob der Kindergartenplatz für einige nicht schon "unerreichbar" ist. Zu vermuten ist, daß ein solches Kindergartenplatzangebot nicht ausgeschöpft wird. Die Folgen: Es müssen mehr Kindergärten schließen als dies angesichts der Durchschnittsbetrachtung zu erwarten ist, die Lebensqualität in den ländlichen Räumen nimmt ab, die Kindergartenreichbarkeit wird ein Privileg und die innergemeindliche Konzentration wird gefördert.

Auch wenn die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen angesichts der derzeitigen Haushaltslage aus finanziellen Gesichtspunkten nicht als problematisch empfunden werden könnte, sind damit weitere Entlassungen (1991 arbeiteten über 21 Tsd. Beschäftigte in solchen Einrichtungen) verbunden, und es müssen auch die langfristigen Folgen bedacht werden.

Gerade wenn die Zahl der Kinder je km² und damit die Zahl möglicher Spielgefährten abnimmt, sind Einrichtungen, in denen Kinder Erfahrungen im Zusammenleben und Spielen mit anderen Kindern sammeln können, umso notwendiger.

Eine Verschlechterung der Versorgungslage mit Kinderbetreuungseinrichtungen wirkt sich vor allem für die Mütter negativ aus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird erschwert. Frauen werden zunehmend ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen müssen, um ihre Kinder selbst zu betreuen. Der berufliche Wiedereinstieg wird umso schwieriger, je weiter die nächste Kinderbetreuungseinrichtung entfernt ist, je ungünstiger die verkehrsmäßige Verbindung zwischen Kindergarten/Hort, Arbeitsstätte und Wohnung ist und je schlechter die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist. Hinzu kommt, daß mit der Länge der Erwerbspause die Gefahr wächst, daß die einstmals erworbenen beruflichen Kenntnisse veralten oder verlernt werden.

Um die Attraktivität des ländlichen Raumes zu erhalten bzw. zu steigern, sind Lösungen zu finden, wie die Unterbringung von Kindern in altersgemischten Kleingruppen vor Ort (also in einer akzeptablen Entfernung) finanziell gesichert werden kann. Hinzu kommt, daß längerfristig wieder eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit und damit ein Anstieg der Kinderzahlen erwartet wird. Im Jahr 2010 wird beispielsweise mit gut 40 Tsd. Kindern im Kindergartenalter gerechnet. In Berlin gibt es das Modell der Tagesmütter. Frauen, die selber kleinere Kinder haben, übernehmen die Betreuung weiterer Kinder in der eigenen Wohnung und erhalten dafür eine finanzielle Unterstützung. Es ist zu überdenken, ob dies nicht auch modifiziert - z.B. für Kinder aller Altersgruppen und eventuell auch unter Anmietung von Räumen - für den ländlichen Raum übertragbar ist. Auch eine sozialversicherungspflichtige Absicherung dieser Tagesmütter sollte angestrebt werden.

2. Allgemeinbildende Schulen

Die Zahl der 6 bis unter 10jährigen Kinder wird von 115 Tsd. 1991 auf knapp 38 Tsd. im Jahr 2000 zurückgehen. Bei den 10 bis unter 16jährigen wird die Verringerung nach der Jahrtausendwende besonders augenfällig. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersgruppe verringert sich bis zum Jahr 2000 um 14 vH, in den darauffolgenden zehn Jahren sinkt sie um weitere reichlich 60 vH. Im Jahr 2010 wird nach unseren Berechnungen die Zahl der 10 bis unter 16jährigen 58 Tsd. betragen, Ende 1991 waren es 172 Tsd.

Der Rückgang der Schülerzahlen kann auf dem Land zu Problemen führen. Als Beispiel sei hier wieder der Landkreis Demmin angeführt, der mit einer Einwohnerdichte von gut 50 Einwohnern je km² ungefähr die durchschnittliche Besiedelungsdichte der Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns aufweist. 1991 hatte dieser Landkreis gut 2 400 Grundschüler, die in 16 Grundschulen bzw. in den Grundschulteilen von Haupt- und Realschulen gingen. Pro Altersjahrgang waren dies 600 Schüler. Das ergibt pro Schulstandort im Durchschnitt 37 Schüler für eine Klassenstufe. Im Jahr 2000 werden es nur noch 9 bis 10 Schüler sein. Bereits 1991 war der Einzugsbereich der Grundschulen verhältnismäßig weit, denn von einem Altersjahrgang gab es im Durchschnitt 0,8 Schüler pro km². Eine Konzentrierung der Kinder auf wenige Grundschulen würde weite Wegstrecken und hohe Transportkosten bedeuten. Die Fahrtzeiten von den einzelnen Wohnorten der Kinder zur Schule würden sich wesentlich erhöhen.

Ein anderer Weg wäre, die Schulstandorte zu erhalten, aber die Kinder unterschiedlicher Klassenstufen in einer Klasse zu unterrichten. In Brandenburg wird meines Wissens zur Zeit in einem Modellversuch erprobt, wie ein solcher Unterricht gestaltet werden kann, damit diese Kinder keine Nachteile gegenüber Gleichaltrigen, die normale Schulen besuchen, haben. Auch in Bayern sind ähnliche Modelle bereits mit Erfolg erprobt worden.

Die Zahl der Schüler in den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien wird nach der Jahrtausendwende ebenfalls zurückgehen. 1991 besuchten pro Altersjahrgang und Standort 33 bis 34 Kinder eine Schule, im Jahr 2000 werden es durchschnittlich noch 30 Kinder sein, dann aber gehen die Schülerzahlen bei gleicher Anzahl der Schulen auf durchschnittlich 8 pro Standort zurück. Angesichts der Fächervielfalt ist es hier nicht mehr wie vielleicht im Grundschulbereich möglich, Kinder unterschiedlicher Klassenstufen gemeinsam zu unterrichten. Die Schließung von Schulen scheint angesichts dieser Schülerzahlen unter finanziellen Gesichtspunkten wohl unvermeidlich.

Auch bei einzügigen Schulen und einer Reduzierung der Schülerzahlen pro Klasse auf rund 15 Schüler müßte - eine gleichmäßige Verringerung der Inanspruchnahme bei allen Schultypen vorausgesetzt - in den ländlichen Räumen jede zweite Schule geschlossen werden. Der Kreis Demmin beispielsweise hatte 1991 zwei Hauptschulen mit Grundschulteil, eine Realschule, 7 Realschulen mit Grundschulteil, 2 Realschulen mit Hauptschulteil, zwei Realschulen sowohl mit Haupt- als auch mit Grundschulteil und zwei Gymnasien. Bei einer anstehenden Entscheidung, welche dieser Schulstandorte geschlossen werden sollen, hätten sicherlich die Schulen einen Vorteil, die bereits jetzt verschiedene Schultypen in sich vereinigen.

Die Reduzierung der Schulstandorte bedeutet für die Schüler längere Anfahrtswege. Eventuell lohnen sich nur noch Ganztagschulen oder gar Internate, wie es sie bereits früher in Mecklenburg-Vorpommern gegeben hat. Für die Kommunen bedeutet dies auf jeden Fall höhere Kosten je Schüler. Die Fächerbreite muß aufrechterhalten bleiben und die dafür notwendige Ausstattung muß vorgehalten werden. Die Ausgaben für den Unterricht reduzieren sich nicht proportional zum Rückgang der Schülerzahlen. Hinzu kommen die höheren Transportkosten, die Kosten für die Schulspeisung usw.

Mit dem Rückgang der Schülerzahlen werden jedoch auch die Anforderungen an die Lehrer steigen. Lehrer werden in ihrem Fach wesentlich stärker als heute Klassen unterschiedlicher Stufen parallel unterrichten müssen, um ihr Lehrdeputat zu erfüllen. Es wird eine engere

Kooperation zwischen den Schulen geben müssen, eventuell werden Lehrer an zwei oder auch mehreren Schulen unterrichten müssen. Zu beachten ist auch, daß die Schülerzahlen künftig wieder etwas steigen werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch kurz auf die Entwicklung der Zahl der 16 bis unter 19jährigen eingehen. Soweit diese Jugendlichen nicht das Gymnasium oder weiterführende Schulen besuchen, werden sie sich um eine Lehrstelle bemühen. Diese Gruppe wird zahlenmäßig noch bis 1996 auf rund 88 Tsd. zunehmen, im Vergleich zum Jahresende 1991 sind dies 38 vH. Erst danach wird die Zahl zurückgehen, im Jahr 2000 aber immer noch rund 83 Tsd. betragen. Der Geburtenrückgang der letzten Jahre wird sich auf diese Altersgruppe erst nach dem Jahr 2005 deutlich bemerkbar machen. In den nächsten Jahren hingegen müssen sich die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern auf steigende Lehrstellenbewerberzahlen einstellen.

3. Medizinische Versorgung

Zur medizinischen Versorgung gehören einerseits die allgemeinärztliche Versorgung durch Ärzte und Zahnärzte, zum anderen die stationären Krankenhausleistungen.

Ende 1991 gab es in Mecklenburg-Vorpommern 47 Krankenhäuser mit insgesamt 16 Tsd. Betten. Auch in den meisten Landkreisen gab es zumindest ein Krankenhaus. Wohnortnahe Krankenhauskapazitäten auf dem Lande weisen einige nicht zu unterschätzende Vorteile auf. Die Scheu vor einem anstehenden Krankenhausaufenthalt wird durch die Wohnortnähe abgebaut, wegen des leichteren Besucherzugangs werden die Heilungschancen verbessert, das Ärzte- und Pflegepersonal ist oftmals mit dem sozialen Umfeld des Patienten vertraut.

Bei dem erwarteten Bevölkerungsrückgang besteht die Gefahr, daß die wohnortnahe Krankenhausversorgung auf dem Lande weiterhin reduziert wird. Die notwendige Spezialisierung und die kostenintensive Ausstattung erfordern unter Rentabilitäts Gesichtspunkten einen hohen Ausnutzungsgrad von Krankenhausbetten. Deshalb ist damit zu rechnen, daß eine Konzentration der Krankenhausbetten in Oberzentren bzw. größeren Städten stattfindet.

Eine Verringerung der Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2010 um gut 15 vH gegenüber heute und die - auch aus dem internationalen Vergleich - zu erwartende weitere Verkürzung der Verweildauer in den Krankenhäusern, bedingt eine Reduzierung der Bettennachfrage, die ein

Kreiskrankenhaus derart gefährden, daß es abteilungsweise oder ganz schließen muß. Im Kreis Demmin beispielsweise gab es 1991 ein Krankenhaus mit 270 Betten. Bei einer 30prozentigen Reduzierung der Bettennachfrage würden (eine normale Auslastung der Betten 1991 vorausgesetzt) im Jahr 2010 nur noch 190 Betten benötigt werden. Bei einer Reduzierung um 80 Betten dürfte jedoch zumindest die Schließung einiger Abteilungen erwogen werden müssen.

Auch die allgemeinärztliche Versorgung dürfte angesichts des erwarteten Bevölkerungsrückgangs auf dem Lande Einbußen erleiden. Setzt man für die Aufrechterhaltung einer Praxis eine bestimmte Patientenzahl an, so wird der Einzugsbereich immer größer. Für den ländlichen Patienten bedeutet dies längere Anfahrtswege, für den Arzt längere Wegstrecken bei Hausbesuchen. Eventuell ist zu überlegen, ob nicht "Arztmobile" mit finanzieller Unterstützung der Kommunen bzw. des Landes eingesetzt werden, um für die Bevölkerung in den jeweiligen Dörfern Sprechstunden abhalten zu können. Dies wäre insbesondere für ältere Menschen vorteilhaft, für die lange Anfahrtswege besonders beschwerlich sind.

Genannt sei ein weiterer Aspekt: die Versorgung und Betreuung alter Menschen. Langfristig wird die Zahl der älteren Personen zunehmen, die Zahl der Personen im sogenannten aktiven Alter aber zurückgehen. Die Anforderungen an die Bereitstellung altengerechter Wohnungen, von Altenwohnheimen und Altenpflegeheimen wird wachsen. Ältere Menschen sind oft sehr wohnortverbunden und wollen auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung wohnen. Zudem wächst der Anteil derjenigen älteren Menschen, die nicht in Altersheimen leben wollen. Altengerechtes Wohnen von morgen stellt andere Ansprüche. Die Weichen hierzu müssen schon heute gestellt werden.

Schlußbemerkungen:

Hier sind einige zu erwartende Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf den ländlichen Raum vorgestellt worden. Zu befürchten ist, daß die Versorgungslage der ländlichen Bevölkerung auch in anderen Bereichen schlechter werden wird, beispielsweise im Bereich des Einzelhandels (Bäcker, Fleischer, Tante-Emma-Laden), des Handwerks (Klempner, Elektriker, Autowerkstätten) und der Dienstleistungsbereiche (Schuster, Friseur, Reinigung).

Die Kommunal- und Landespolitiker werden Maßnahmen ergreifen müssen, um die Attraktivität des ländlichen Raumes zu steigern und damit noch höhere Abwanderungen zu verhindern. Dazu gehört auch, Wege zu finden, wie ein (akzeptables) öffentliches Infrastrukturangebot trotz

sinkender Einwohnerzahlen aufrechterhalten werden kann. Nicht zu vernachlässigen ist hier der Bereich der Jugendarbeit. Die Jugendlichen müssen sich mit ihrer Gemeinde (ihrem Land) identifizieren können, dazu gehört auch, daß sie Möglichkeiten einer von ihnen gewünschten Freizeitgestaltung haben. Es ist zu überlegen, ob die nicht mehr genutzten Räume der Kinderbetreuungseinrichtungen für Jugendtreffs geeignet sind. Eventuell könnten auch andere Räume der Kommune von den Jugendlichen in Selbstarbeit hergerichtet und als Freizeiteinrichtung genutzt werden. Voraussetzung wäre jedoch eine unentgeltliche Überlassung solcher Räume. Abwanderungen von Jugendlichen können auch durch das Bereitstellen eines ausreichenden Ausbildungsstellenangebots verringert werden. Dazu gehört zur Zeit auch, die außerbetrieblichen Ausbildungsstätten weiter zu finanzieren. Denn sind die Jugendlichen erst einmal weggezogen, ist es fraglich, inwieweit sie nach einer Ausbildung wieder in ihre Heimat zurückkommen.

Aus Sicht der Jugendlichen mag dies ein richtiger und erfolgversprechender Weg sein. Aus der Sicht der Kommunen kann es jedoch nur darum gehen, Abwanderungen zu verhindern. Denn: die Jugendlichen sind die Arbeitskräfte und das Innovationspotential von morgen, somit auch ein bedeutender Standortfaktor.